

14:55 Uhr

Neue Abflugzeit

ab Buenos Aires



Lufthansa

# Argentinisches Tageblatt

Jeden Tag nach Hause



Lufthansa

Sonnabend, 25. März 2006

116. Jahrgang Nr. 31.555

## Kein Vergessen, keine Entschuldigung

### Gedenkveranstaltungen zum 30. Jahrestag des Militärputsches

Buenos Aires (AT/AG) - „Kein Vergessen, keine Entschuldigung“ lautete das Motto für Gedenkveranstaltungen zum Militärputsch vom 24. März 1976. In den Schulen, kulturellen Einrichtungen, politischen Organisationen und selbst in den Strafanstalten wurde in dieser Woche in zahlreichen Veranstaltungen der Tausenden Opfer gedacht, die während der Militärdiktatur verfolgt, entführt, misshandelt und getötet worden sind. Aus Anlass des 30. Jahrestages des Militärputsches erklärte der Kongress am Mittwoch das Jahr 2006 zum Jahr der Erinnerung. Die Mahnung, die Greuelaten des Militärregimes sich stets lebendig vor Augen zu haben, gip-

felte am Freitag in einer Demonstration, zu der verschiedene Menschenrechtsorganisationen und politische Parteien aufgerufen hatten. Auf der zentral gelegenen Avenida de Mayo wollte man mit einer Kundgebung vom Kongressgebäude bis zum Regierungsgebäude Casa Rosada der ungebrochenen Verabscheuung der Greuelaten den Ausdruck verleihen.

Die argentinische Regierung weihte am Dienstag auf dem Platz San Martín eine Gedenktafel für Geistliche ein. Über hundert Geistliche, darunter der katholische Bischof Enrique Angelelli, französische Nonnen, Alice Domon und Léonie Duquet, fünf Pallottiner, Priester der lutherisch-

evangelischen und Methodistenkirche sowie des jüdischen Glaubens, waren zu Opfern der Verfolgungen vor und während der Diktatur geworden. An der Veranstaltung nahmen Außenminister Jorge Taiana, die Botschafter von Frankreich und Italien, Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen und Schülerdelegationen kirchlicher Gymnasien teil.

Über 300 regierungsunabhängige Organisationen, die sich unter dem Motto „Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit“ zusammengeschlossen hatten, riefen zur Großdemonstration am Freitag auf. Zu den Organisatoren gehörten „Die Großmütter von Plaza de Mayo“, „Die Mütter von Plaza de

Mayo“, der Friedens- und Gerechtigkeitsdienst von Nobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel, oppositionelle Parteien wie „Für eine Republik der Gleichen“ (ARI) und eine Reihe von regierungskritischen Piquetero-Gruppierungen. Bereits am Donnerstagabend wollte die Vorsitzende der „Mütter“, Hebe de Bonafini, im Anklang an traditionelle Mahnveranstaltungen, auf denen die Aufklärung des Aufenthaltsorts der verschollenen Regimegegner gefordert wurde, mit einer Wache auf der Plaza de Mayo beginnen. Audiovisuelle Präsentationen sollten die Geschichte seit dem Massaker von Trelew bis zum Ende der Diktatur nachzeichnen.

## Bessere Integration

### Erster Staatsbesuch der chilenischen Präsidentin Bachelet

Buenos Aires (AT/AG) - Die Beziehungen zu Argentinien müssen gestärkt werden, hatte sich Michelle Bachelet während ihres Amtsantritts als Präsidentin von Chile vor zwei Wochen vorgenommen. Den ersten Staatsbesuch leistete sie in dieser Woche Argentinien ab. Vom Dienstagnachmittag bis Mittwochabend hielt sich die neue chilenische Staatschefin in Buenos Aires auf. Während des Treffens mit Präsident Néstor Kirchner wurde beidseitig die Wichtigkeit einer strategischen Integration unterstrichen. „Sie können mit mir als Kollegin und Nachbarin zählen“, sagte Bachelet nach dem Treffen zu Kirchner und versprach, sich mit der ganzen Kraft für die bessere Integration einzusetzen.

Das Hauptproblem, das die Kontakte zwischen den beiden Ländern in der letzten Zeit vorrangig beschwerte, waren die Gaslieferungen, die von der argentinischen Seite nur unregelmäßig kamen. Auch während des Treffens von Bachelet und Kirchner am Dienstag in Buenos Aires, das in einer ausnehmend freundschaftlichen Atmosphäre verlief, konnte diesbezüglich keine Einigung erzielt werden. „Wir haben nichts versprochen, einfach, weil wir nicht können“, sagte ein Kirchner nahestehender



Die beliebte Bachelet wurde auch in den Vororten von Buenos Aires umjubelt.

(AP-Foto)

Mitarbeiter nach dem Treffen der Präsidenten zu der Presse. „Wir werden zusammenarbeiten, um eine zufriedenstellende Lösung des Problems zu finden“, sagte Bachelet anschließend in einer Pressekonzferenz.

„Argentinien kann Chile nicht das Gas zusichern, das es braucht“, erklärte Planungsminister Julio De Vido seiner chilenischen Amtskollegin, Karen Ponichilk, die die Präsidentin auf ihrer Reise begleitete. Lediglich bis Ende Juni würde das Gas in der bisher vereinbarten Menge geliefert, danach müsste Chile allmählich auf andere Lieferanten umsteigen. Auf Vorschlag Bachelets wird in der nächsten Zeit eine bilaterale Kommission zur Untersuchung der Situation gebildet. Anfang Juni soll in der chilenischen Hauptstadt Santiago ein

Abkommen über langfristige Gaslieferungen unterzeichnet werden.

Auf dem vollen Tagesplan der chilenischen Präsidentin standen weiterhin das Treffen mit den Gouverneuren der angrenzenden Provinzen, die Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung eines Wohnkomplexes in der Provinz Buenos Aires, der Besuch im Kongress und das Treffen mit dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Enrique Petracchi.

# Der Krieg fordert weiter Opfer

## Mindestens 350 Selbstmorde unter Malwinen-Kämpfern seit 1982

Buenos Aires (AT/ba) - Der Malwinen-Krieg liegt nun bald ein Vierteljahrhundert zurück. Aber in den Köpfen vieler Veteranen tobt der Kampf weiter, sind die Schreie der Betroffenen und der Detonationslärm noch nicht verhallt. Die Zahlen sprechen für sich: Seit dem Kriegsende im Jahre 1982 haben sich mindestens 350 ehemalige Kombattanten das Leben genommen, manche sprechen sogar von über 450 – offizielle Statistiken gibt es keine. Damit sind mittlerweile mehr Menschen ihren psychischen Verletzungen zum Opfer gefallen, als den feindlichen Kugeln: Bei den Gefechten auf den Atlantikinseln starben 326 argentinische Soldaten – hinzu kamen weitere 323 Todesopfer beim Untergang des Kreuzers "General Belgrano". Die Suizidrate liegt damit bei geschätzten 14.000 Überlebenden rund vierzehn Mal höher,

als bei der Gesamtbevölkerung.

„Warum hat es ihn – den Kameraden, den Freund – erwischt und nicht mich?“, diese Frage bohrt sich immer wieder ins Bewusstsein der Überlebenden. Ängste, Schuldgefühle, Depressionen und posttraumatischer Stress – wohl kaum ein Kriegsveteran ist völlig frei von diesen quälenden Symptomen. Monat für Monat nimmt sich durchschnittlich einer von ihnen das Leben. Erst vor wenigen Wochen wurde Ignazio Bazán erhängt aufgefunden. Seine Freunde sagen, dass er stets stolz auf seine Kriegserfahrung gewesen ist, und ganz gewiss war er kein feiger Mann: Als einziger argentinischer Soldat hatte er die Tapferkeitsmedaille erhalten, weil er damals einen Kameraden heldenhaft vor dem Ertrinken gerettet hatte.

Im Fall Bazán spiegelt sich das Schicksal vieler Malwinas-Kämp-

fer besonders deutlich, oftmals begannen nämlich die Probleme erst nach dem Krieg. Die Rückkehr der argentinischen Soldaten, meist nach einigen Wochen oder Monaten Kriegsgefangenschaft, wurde still und heimlich abgewickelt. Die Militärregierung wollte es möglichst vermeiden, der Bevölkerung die schmerzliche Niederlage noch tiefer ins Bewusstsein zu rufen. Aber auch die Politiker in den Jahren danach haben die Verdrängung der Veteranenproblematik weiter betrieben, wobei vor allem die dringend notwendige medizinische und psychologische Betreuung sträflich vernachlässigt wurde. Hinzu kamen oftmals Geldsorgen, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen Probleme und Krisen Argentiniens in den letzten Jahrzehnten. So sah sich Bazán eines Tages dazu genötigt, seine Ehrenmedaille bei einer Bank zu ver-

pflanzen.

Der Grund für die Missachtung der Schicksale der ehemaligen Vaterlandsverteidiger seitens des Staates ist nicht zuletzt darin zu sehen, dass dieses Thema beim Ringen um Wählerstimmen wohl niemals sonderlich relevant war. Das Wegsehen und die Verdrängung sind somit letztlich auch ein gesellschaftliches Problem. Die Veteranenverbände erheben schwere Vorwürfe: Der Staat und die Gesellschaft haben das Problem ignoriert – und mehr noch, es zu verdecken versucht. „Wir wollen, dass die Malwinas-Frage endlich ernst genommen wird“, fordert Rodolfo Merlino, ehemaliger Kriegsteilnehmer und Präsident des Veteranenverbandes der Stadt La Plata. Anderfalls werde der Malwinen-Krieg auch noch in Zukunft viele weitere Opfer fordern.

## WOCHENÜBERSICHT

### Brücken frei

Die Bürger- und Umweltschutzbewegungen von Gualaguaychú und Colón, Provinz Entre Ríos, räumten jeweils am Dienstag und Mittwoch die seit über einem Monat besetzten Brücken zu Uruguay. Somit ist die Bedingung von der argentinischen Seite erfüllt, damit Präsident Néstor Kirchner und sein uruguayischer Amtskollege Tabaré Vázquez sich zu Verhandlungen über weitere Vorgehensweise im Bezug auf zwei Zellulosefabriken, die am Grenzfluss Uruguay gebaut werden, treffen können. Nun wird erwartet, dass die uruguayische Regierung die Bauunternehmen Botnia und ENCE anmahnt, die Bauarbeiten für 90 Tage zu unterbrechen.

### Kompetenzbeschränkung

Der Oberste Gerichtshof will seine Kompetenzen weiter beschränken und sich auf Verfahren konzentrieren, die Verfassungsrecht betreffen. Zivilrechtliche Verfahren gegen Provinzen sollen nun in Provinzen selber entschieden werden. Als Präzedenzfall für diesen Beschluss diente eine Klage, das eine Familie direkt beim Obersten Gerichtshof eingereicht hatte und in dem sie die Provinz Buenos Aires beschuldigte, für den Tod ihrer Tochter verantwortlich zu sein, die von einem Polizisten erschossen worden war.

### Haftstrafe für

### Vernachlässigung

In der Stadt Mar del Plata, Provinz Buenos Aires, wurde ein 50-jähriger Mann wegen Vernachlässigung seiner Mutter zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die 89-jährige Frau war im Mai 2004 wegen Nahrungs- und Flüssigkeitsmangels gestorben. Der Mann lebte in dem großen Haus seiner kranken Mutter, die er in ein kleines feuchtes Zimmer umquartierte und sich nicht um sie kümmerte. Die Frau wog nach ihrem Tod 40 Kilogramm und wies wegen langer Bettlägerigkeit Wunden auf dem Rücken und den Beinen auf. Die Strafe wegen Vernachlässigung einer bedürftigen Person wird durch die Tatsache erschwert, dass die Betroffene die eigene Mutter ist.

### Depetri

Ein weiterer sogenannter Piquetero und Mitglied der Gewerkschaft CTA, Edgardo Depetri, wird der neue Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Bauvorhaben bei der Abgeordnetenversammlung sein. Depetri, Mitglied einer von vielen Arbeitslosenorganisationen, war im Oktober vergangenen Jahres zum Nationalabgeordneten gewählt worden. Depetri ist damit nach Luis D'Elía der zweite Piquetero, der einen entscheidenden Posten unter der Aufsicht des Planungsministeriums innehat. „In diesem Ausschuss werden wir uns für die Projekte der Regierung einsetzen und die Politik der öffentli-

chen Bauvorhaben von Präsident Néstor Kirchner unterstützen“, sagte Depetri am Vorabend seines Amtsantritts.

### Brand in Jujuy

Nach dem Brand in der Stadtverwaltung in der Provinz Misiones, der in der vergangenen Woche für Aufsehen gesorgt hatte, wurde am Montag die Stadtverwaltung in San Pedro, Provinz Jujuy, in Brand gesteckt. Etwa 200 Gewerkschafter drangen nach den anfänglichen Zusammenstößen mit der Privatpolizei in das Gebäude ein und verlangten, vom Bürgermeister, Julio César Moisés, empfangen zu werden. Bereits seit Januar protestierten die Gewerkschafter gegen die Entlassung von 40 Mitarbeitern und forderten ihre Wiederanstellung. Moisés, gegen den bereits ein Verfahren wegen Täuschung geführt wird, versprach eine Lösung. Die Gewerkschafter räumten darauf hin das Gebäude.

### WM in der Schule

In den Provinzen Córdoba und Mendoza wird es den Schülern erlaubt, die diesjährige Fußballweltmeisterschaft während des Unterrichts zu sehen. Das beschlossen in dieser Woche die entsprechenden Provinzschulbehörden. Die Provinz Mendoza hatte schon im Jahre 2002 den jeweiligen Schulleitern die Entscheidung darüber überlassen, ob für die WM Fernsehgeräte angeschafft werden. Nun folgt Mendoza die Provinz Córdoba. Die Schüler werden während des regulären Unterrichts die Spiele der argentinischen Nationalmannschaft im Fernsehen verfolgen können. Man will damit vermeiden, dass die Schüler wegen der WM in der Schule fehlen. Bildungsminister Daniel Filmus begrüßte die Idee. Das könne sehr bereichernd sein, sagte Filmus und empfahl den Schulen, den Fußball didaktisch in den Unterricht einzubinden.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

**(5411)4703-5509**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

# Labile Regierungschefs

Die Absetzung des Regierungschefs der Stadt Buenos Aires, Aníbal Ibarra, und die Demission des Gouverneurs von Santa Cruz, Sergio Acevedo, in den letzten Wochen wirft einen düsteren Schatten auf die Beständigkeit der gewählten Regierungschefs in den 24 argentinischen Gliedstaaten (23 Provinzen und die autonome Stadt Buenos Aires).

Argentinien ist formell ein Bundesstaat, allerdings eigener Prägung. Laut Verfassung übt der nationale Präsident nur die im Grundgesetz von den Gliedstaaten delegierten Vollmachten aus, so dass die eigentliche Macht im Staat bei letzteren liegt. In der Praxis verhält es sich umgekehrt: die zentrale Macht übt der Chef der nationalen Exekutive als Regierungs- und Staatschef aus. Die Gliedstaaten verwalten ihre Distrikte, sind aber weitgehend von der Nationalregierung abhängig.

Das kam deutlich zum Ausdruck, als Acevedo unverrichteter Dinge ausschied und nur persönliche Gründe anführte, die er nicht näher erläuterte. Nachher erfuhr die Öffentlichkeit, dass sich der Gouverneur von Präsident Kirchner distanziert hatte, einmal weil er die Auslandsgelder der Provinz heimbrachte, was offenbar dem Präsidenten missbehagte, und dann weil er die Ausschreibungen und Kontrollen öffentlicher Bauten selber übernehmen wollte, wie es einem Provinzgouverneur zusteht, wogegen die Nationalregierung die von ihr finanzierten Bauten selber verwalten wollte. Kirchner kritisierte Acevedo nach dem Rücktritt, als er ihn politisch für angebliche Übergriffe der Provinzpolizei im Gewahrsam der Verdächtigten am Mord eines Polizisten in Las Heras verantwortlich machte. Die Verdächtigten waren von der Polizei auf Befehl einer Richterin verhaftet worden und sollen danach misshandelt worden sein, was Kirchner misbilligte.

An Stelle Acevedos trat sein Vizegouverneur Carlos Sancho an, dem Kirchner treue nachgesagt wird, obwohl er der radikalen UCR entstammt. Ihm stehen Minister zur Seite, die Kirchner ernannte und die bisher im nationalen Präsidialbüro tätig gewesen waren. Als erste Amtshandlung billigte Sancho den Provinzbeamten eine Zulage von rund 30 Prozent zu, deren Wirkung auf die anderen Gliedstaaten sicherlich empfindlich sein wird. Das dürfte letzteren den bisherigen Primärüberschuss ko-

sten, bestreiten doch Gehälter mehr als die Hälfte der Provinzbudgets. Die Massnahme widerspricht zudem der Vorschrift des Gesetzes über Provinzfinanzen, deren Ausgaben nicht mehr als das Bruttoinlandsprodukt zunehmen dürfen. Die massive Aufbesserung sprengt diese Grenze. Ausserdem werden alle anderen Gewerkschaften im Land diese im Beisein Kirchners getroffene Aufbesserung für ihre eigenen Lohnansprüche selber auch vortragen, womit die zweistellige Inflation zunehmen dürfte.

Die Krise labiler Regierungschefs reiht sich zudem mühelos an vorherige Fälle von Demissionen und Absetzungen, die in den letzten fünfzehn Jahren in mehreren Provinzen stattgefunden haben. In zwei Fällen (Ramón Saadi 1990 in Catamarca und Mercedes Aragonés de Juárez 2004 in Santiago del Estero) gingen den Demissionen Skandalmorde voraus, ebenso wie der Mord am Polizisten in Santa Cruz. In anderen Fällen wurden die Gouverneure abgesetzt: Ricardo Del Val 1990 in Santa Cruz, Jorge Alberto Escobar 1992 in San Juan, Pedro Braillard Piccard 1999 in Corrientes, Alfredo Avelín 2002 in San Juan, Jorge Colazo 2005 in Tierra del Fuego und Aníbal Ibarra 2006 in der Stadt Buenos Aires, wobei lokale politische Querelen wirkten. Auf gleiche Ursachen gingen die Demissionen von Néstor Perl 1990 in Chubut, Eduardo Angeloz 1995 in Córdoba, Carlos Ferraro 1998 in Jujuy, Adolfo Rodríguez Saá 2001 in San Luis, Carlos Ruckauf 2002 in Buenos Aires, Carlos Díaz 2002 in Santiago del Estero und Sergio Acevedo 2006 in Santa Cruz zurück.

Immerhin haben 15 Regierungschefs in gleichviel Jahren seit 1990 in 12 Gliedstaaten auf ihre Ämter verzichten müssen, sofern sie nicht freiwillig abgetreten sind wie Rodríguez Saá in San Luis und Ruckauf in Buenos Aires, um andere Ämter zu übernehmen. Rodríguez Saá wurde Senator und Interimspräsident, Ruckauf Aussenminister und danach Deputierter. Die Bilanz ist denkbar bedenklich, weil sie zeigt, wie labil die Ämter der Regierungschefs in Argentinien sind, wo die Politik ihnen vielfach einen Strich durch ihre Rechnungen macht.

## Randglossen

**Was Kenner der Szene längst wussten, flog dieser Tage auf, nachdem ein Spitzel der Marine seine Kollegen verraten hatte. In Chubut pflegte die Spionageabteilung der Marine Dossiers über zahlreiche Beamte, Politiker und allerlei andere Personen zu führen. Fotos, Presseklärungen und Unterstellungen über deren politische Einstellung landeten ebenfalls in den Dossiers. Richter Folger, der mit den Ermittlungen betraut worden war, stellte fest, dass er ebenfalls Gegenstand dieser Spitzelei gewesen war. Marinchef Godoy reagierte sauer, indem er vorsorglich die gesamte Spionage einstellte, bis seine Ermittlungen eine grundlegende Reform dieser weitgehend überflüssigen Tätigkeit in die Wege leiten. Denkbar peinlich.**

Der gestrige Nationalfeiertag, den der Kongress in Eilsitzungen der Vorwoche auf Geheiss der Exekutive vorschrieb, reiht sich nahtlos an andere Feiertage, während denen nicht gearbeitet werden darf. Der Gedenktag des Militärputsches vor dreissig Jahren hätte auch ohne einen arbeitsfreien Tag gefeiert werden können, der zudem auf einen Freitag fiel, so dass der Wochenendtourismus einen unerwarteten Auftrieb erhielt. Das macht indessen den Produktionsverlust nicht wett, der in den Ermittlungen über das Bruttoinlandsprodukt mit geringem Wachstum niederschlägt, ebenso wie die ausbleibenden Güter preistreibend wirken. Die allgemein gewünschte Verbesserung der Einkommen und des Wohlstands wird durch Arbeit verwirklicht, nicht zu Hause oder auf Vergnügung, weil es den Politikern gerade eingefallen war, einen neuen arbeitsfreien Tag vorzuschreiben.

## Militärspionage

Buenos Aires (AT/AG) - Nur wenige Tage vor dem 30. Jahrestag des Militärputsches am 24. März 1976 sorgten die argentinischen Streitkräfte für einen Skandal. Auf einem Marinestützpunkt in der Provinz Chubut wurde in der vergangenen Woche die gesetzeswidrige Tätigkeit des militäreigenen Geheimdienstes entdeckt. Wegen interner Spionage entließ der Chef der Kriegsmarine, Admiral Jorge Godoy, am vergangenen Wochenende den Direktor des Marinegeheimdienstes, Konteradmiral Pablo Rossi, und den Kommandierenden General für Marineoperationen, Vizeadmiral Eduardo Avilés. Am Montag ordneten das Verteidigungsministerium und der Marinestab die vorläufige Schließung aller Geheimdienststellen der Marine an.

Ein Gesetz über die innere Sicherheit aus dem Jahre 1992 untersagt den Streitkräften das interne Spionieren. Jegliche Spionage innerhalb der Landesgrenzen ist demzufolge ausdrücklich verboten. Auf dem Marinestützpunkt Almirante Zar in Trelew wurden hingegen nach einer Anzeige, die ein Mitarbeiter des Geheimdienstes erstattet hatte, Akten über die Leiter verschiedener sozialer und Menschenrechtsorganisationen, aber auch über die aktuelle Verteidigungsministerin Nilda Garré entdeckt. Außerdem wurden Daten über ein Treffen von Präsident Néstor Kirchner mit den Familienangehörigen von 19 im Jahre 1972 in Almirante Zar erschossenen Regimegegnern gefunden, das im August vergangenen Jahres stattgefunden hatte und auf dem die Angehörigen um die Wiedereröffnung des betreffenden Gerichtsverfahrens gebeten hatten.

Godoy kündigte am Montag die Überprüfung der gesamten Tätigkeit des Militärgeheimdienstes an. Dafür würden zehn Untersuchungskommissionen gebildet, die aus vertrauenswürdigen Marinesoldaten und dem zivilen Personal des Verteidigungsministeriums bestehen würden. Untersucht werden soll darüber hinaus, zu welchem Zweck die Information gesammelt und wohin sie weitergeleitet worden ist.

Provinzgouverneur Mario Das Neves traf sich am Montag mit dem zuständigen Richter Jorge Pflieger. „Offensichtlich hat es eine ideologische Überwachung der Bürger gegeben“, sagte Das Neves und erklärte, die Provinz werde bei dem Fall als Kläger auftreten.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

[www.allesdeutsch.com.ar](http://www.allesdeutsch.com.ar)

...für alle, die es deutsch mögen.

Anwälte

Abogados

**CLAUDIO GAEBLER**  
[claudiogaebler@fibertel.com.ar](mailto:claudiogaebler@fibertel.com.ar)  
 4798-5650 [www.gaebler.com.ar](http://www.gaebler.com.ar)

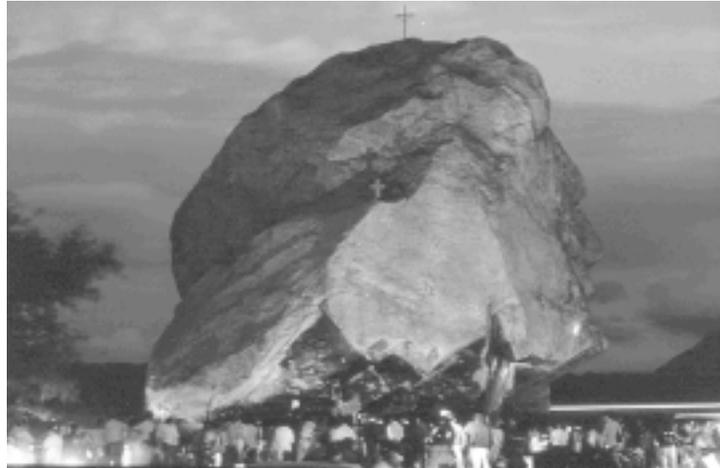
## AUSFLÜGE UND REISEN

### Malerische Osterfeierlichkeiten im Landesinneren

Wieder steht Ostern an, das, laut liturgischer Regel, stets „auf den ersten Sonntag nach dem ersten Vollmond nach Frühlingsbeginn (21. März)“ fällt. Diesmal also auf Sonntag, dem 16. April. Im streng katholischen Argentinien war die Karwoche mit ihren Prozessionen sowie die Auferstehungszeremonie von jeher eines der wichtigsten kirchlichen Feste – und malerisch obendrein.

Das merkt man vor allem im Nordwesten, beispielsweise in Catamarca, Tucumán, Salta und Jujuy, wo jede bedeutende Ortschaft mit Glanz Ostern feiert.

Besonders eindrucksvoll ist die Karfreitagsprozession in Yavi, ein kleines Dorf nahe der bolivianischen Grenze mit einer uralten Kapelle, deren Altar und Kanzel vergoldet sind. Die Tradition will



Der Señor de la Peña in La Rioja.

es, dass die Gläubigen in der Nacht vom Gründonnerstag zu Karfreitag mit kleinen Laternen in der Hand von den Hügeln der Nachbarschaft herabströmen und den Hof der Kirche in magisches Licht tauchen, während der leicht im Abnehmen befindliche Vollmond die Szene zusätzlich beleuchtet.

Tumbaya, Tilcara, Uquía, Humahuaca und andere Orte sind weitere Szenarien der traditionellen Osterfeierlichkeiten, die dadurch an Farbe gewinnen, weil die Einheimischen dazu ihre bunten Festkleider anlegen.

Ein einmaliges Schauspiel kann man ferner in der Nähe von Aimogasta im Norden der Provinz La Rioja erleben. Hier ruht mitten auf einem Trockensee ein riesiger Felsklotz, der, von der Seite betrachtet, das Profil eines bärti-

gen Mannes zu besitzen scheint. Señor de la Peña, der Herr vom Felsklotz, wird das Gebilde genannt, zu dem in der Karwoche Tausende und Abertausende von Gläubigen pilgern, um am Fuß des Steinblocks eine Kerze anzuzünden und so lange zu warten, bis sie abgebrannt ist.

Ganz anders in Tandil. Hier wurde in den 40er Jahren am Hang eines Berges ein Kreuzgang geschaffen, dessen Stationen von bekannten argentinischen Künstlern in Marmor und Granit ziseliert wurden. Eine Menschenmenge findet sich ab Gründonnerstag in Tandil ein, um an den Prozessionen teilzuhaben.

Das sind einige erwähnenswerte Osterfeierlichkeiten, doch jede Pfarrei landauf, landab zelebriert das Martyrium Christi auf ihre Art, zumeist jedoch in traditioneller

Form.

### Aus der Luftfahrt

Líneas Aéreas Entre Ríos (LAER) hatte vor zwei Jahren seinen Dienst eingestellt. Nun wird der Teilbetrieb zwischen der Provinzhauptstadt Paraná und dem Aeroparque Jorge Newbery mit zwei Flügen wöchentlich wieder aufgenommen.

Die private Luftverkehrsgesellschaft Sol Líneas Aéreas wird wieder den Flugbetrieb zwischen Rafaela (Santa Fe) und der 450 Kilometer entfernten Bundeshauptstadt aufnehmen. Zum Einsatz gelangen zweimotorige Turbopropmaschinen Saab 340.

Vom 9. bis zum 24. Mai bleibt der Flughafen „Almirante Zar“ von Trelew wegen Renovierung geschlossen. In diesem Zeitraum muss jeder, der nach der Península Valdés will, wohl oder übel in Puerto Madryn landen, was aber insofern von Vorteil ist, als man dann näher an den Pinguinen und Walen dran ist.

Marlú



Abfahrten von Ushuaia, Argentinien

von November bis März

11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten

info@antarcticacruises.com.ar

www.antarcticacruises.com.ar

Tel.: +54.11.4806.6326

Fax: +54.11.4804.9474

Evyt Leg. 4552 disposición 597/97

**Flyer**  
**Lufthansa**  
**City Center**  
(Zona Norte)

Av. Fondo de la Legua 425  
(B1609JEE) San Isidro  
Tel.: (54 11) 4512-8100  
E-mail: flyer@flyer.com.ar  
**www.flyer-de.de**

## Nachhaltige Sprachförderung

### Das Multiplikatoren-System des Goethe-Instituts Buenos Aires

Buenos Aires (AT/SF) - In der Kunst, aus der Not eine Tugend zu machen, sind die Argentinier Weltmeister. Es gibt wohl kaum ein Land, in dem so viele unabhängige Projekte durchgeführt werden – den Menschen geht es erstrangig um die Sache, dann um das Geld (das ohnehin nicht vorhanden ist). So mag es nicht verwundern, dass auch die Idee der „Multiplikatoren“ des Goethe-Instituts Buenos Aires eine zwangsläufige Folge der Sparmaßnahmen ist, von denen die Auslandsinstitute vor allem in den Regionen betroffen sind, die nicht im Brennpunkt des Interesses stehen.

Ausgehend von der Frage, wie man möglichst viele „Endverbrau-

cher“ - also Lernende und Lehrende der deutschen Sprache - landesweit mit einem möglichst geringen Aufwand erreichen kann, wurde im Jahr 1999 das Netz der Multiplikatorinnen ins Leben gerufen, das nun schon im siebten Jahr mit großem Erfolg im Einsatz ist. Es handelt sich um eine Gruppe von kompetenten Fortbilderinnen, fast alle Mitarbeiterinnen des Goethe-Instituts. Die 10 Multiplikatorinnen treffen sich jedes Jahr zu zwei Lehrgängen, in deren Rahmen sie für das laufende Jahr insgesamt sechs Fortbildungsveranstaltungen landesweit vorbereiten.

Die Themen werden von den Deutschlehrern vor Ort vorgeschlagen; zwei werden dann von den

Multiplikatorinnen ausgewählt und in Seminaren in Misiones (Eldorado/Posadas), Mendoza, San Juan, Santa Fe (Rafaela/Paraná/Entre Ríos), Bahía Blanca, Mar del Plata, Córdoba (Stadt/Villa General Belgrano), Bariloche, Buenos Aires (Pestalozzi/Goethe Schule) und Temperley behandelt.

Das Projekt ist machbar, weil es auf der Basis der Fernstudieneinheiten (FSE) des Goethe-Instituts beruht, von denen es mittlerweile insgesamt etwa 30 gibt. Für die FSEs zahlen die teilnehmenden Lehrer einen relativ geringen Beitrag (der nicht kostendeckend ist). Sie bekommen die Einheiten jeweils vor der Fortbildungsveranstaltung geschickt, damit sie sich

vorbereiten können und das Lernziel optimal erreicht wird. Diese Lehrer geben dann die Inhalte an ihre Deutsch-Lernenden weiter! Eine Besonderheit: Die Multiplikatorinnen bekommen einmal im Jahr Besuch eines Spezialisten aus Deutschland, was ihnen hilft, auf dem jüngsten Stand der Entwicklung zu bleiben. So kam im Februar dieses Jahres Frau Dr. Annegret Schmidjell, Fortbilderin für Goethe-Institute aus München, zum ersten Multiplikatorinnen-Treffen 2006 nach La Falda bei Córdoba, um über das Thema „Unterrichtsbeobachtung“ zu referieren, das laut Josef Bornhorst, Leiter der Pädagogischen Abteilung des Goethe-Instituts Buenos Ai-

res, momentan das heiße Thema im Deutsch-Unterricht ist. Es geht dabei weniger um Kontrolle und Zensur, sondern in erster Linie um positives Feedback und die Enttabui-

sierung des "geschlossenen Klassenraums".

Das spannende Thema brachte Frau Dr. Schmidjell auch auf der Deutschlehrerwoche an der Deut-

schen Schule Crdoba vom 13.-18. Februar 2006 in das Bewusstsein der anwesenden Lehrer. Für die argentinische Multiplikatorinnen-Gruppe hat Frau Dr. Schmidjell nur

Lob: "Sehr kompetent, motiviert und engagiert!" Da muss man sich um die Zukunft der deutschen Sprache in Argentinien ja keine Sorgen machen.

## Goldener Astor für „Noticias Lejanas“

### Atef erhält Spezialpreis der Jury / Auszeichnungen für „Derecho de familia“

Von Nina Funke-Kaiser

Mar del Plata (AT) - Die Spannung war groß bei der Preisverleihung am vergangenen Samstag in Mar del Plata. Schließlich zeichneten sich die einzelnen Sektionen durch eine enorme Bandbreite aus, und es war schwer, vorab einen Favoriten zu erkennen. Die Jury unter dem sterreichischen Vorsitzenden Hans Hurch ließ sich nicht von großen Namen wie Werner Herzog oder Marcelo Pieyro beeindrucken und zeichnete „Noticias Lejanas“, das Erstlingswerk des mexikanischen Regisseurs Ricardo Benet, mit dem Goldenen Astor aus. Darin reist ein 17 Jahre alter Junge, aufgewachsen in einem abgelegenen Dorf, in die Stadt, wo er versuchen will, der Generationen andauernden Armut seiner Familie zu entfliehen. „Es hat mich überrascht, dass der Film sowohl alte als auch junge Menschen bewegt. Vielleicht liegt es daran, dass die Geschichte sehr einfach und sehr naiv ist“, meinte Ricardo Benet.

Der Silberne Astor für die beste Regie ging an den Portugiesen Marco Martin für „Alice“; ebenfalls ein Erstlingswerk. Die australische Schauspielerin Justine Clark wurde für ihre Darbietung in „Look both ways“ mit dem Silbernen Astor ausgezeichnet. Das Drehbuch des Films, geschrieben von Sarah Watt, wurde ebenfalls prämiert. Als bester Schauspieler wurde der US-Amerikaner William H. Macy in „Edmond“ geehrt.

Den Silbernen Astor für den besten lateinamerikanischen Spielfilm teilen sich der Brasilianer Marcelo Gmez für seinen Film „Cinema, aspirinas e urubus“ und der argentinische Regisseur Daniel Burman für „Derecho de familia“. Burman konnte sich außerdem auch über den Publikumspreis für den besten Film freuen.

Großer Jubel auch in Deutschland: Die Regiestudentin Emily Atef aus Berlin wurde für ihren ersten Spielfilm „Molly's Way“ mit dem



Der mexikanische Regisseur Ricardo Benet freut sich über den Goldenen Astor.

Spezialpreis der Jury belohnt.

Der Preis für die beste Regie in der Sektion „La Mujer y el Cine“ ging an Byambasuren Davaa für ihren Film „Die Höhle des gelben Hundes“, eine Co-Produktion zwischen der Mongolei und Deutschland. Der oscar-nominierte Film „Die Geschichte vom weinenden Kamel“ der mongolischen Regisseurin wurde im offiziellen Wettbewerb außer Konkurrenz gesetzt.

18 Filme waren im offiziellen Wettbewerb von Mar del Plata nominiert – keine leichte Entscheidung für die Jury. „Jemand hatte ein sehr glückliches Hndchen bei der Zusammenstellung der Jury“, meinte der Vorsitzende Hans Hurch, der seit 10 Jahren Direktor der Viennale in Wien ist. Zwar seien die Mitglieder sehr unterschiedlich gewesen, aber daraus habe sich eine schöne Dynamik ergeben. „Es stört mich nicht, wenn ich einen Film nicht verstehe“, erzählte Hurch, der

im Jahr bis zu 800 Filme sieht. Wichtig sei ihm aber, dass ein Film ihn in irgendeiner Weise berühre, „etwas in mir zum Klingen bringt“. Seine Reaktion sei spontan und instinktiv, aber damit liege er meistens richtig.

Das Besondere am Festival in Mar del Plata ist für Hurch die Begeisterung des Publikums. Es sei rhrend zu sehen, wie lange und geduldig die Menschen anstnden, um eine Eintrittskarte zu ergattern. „Für ein Festival ist das ein unglaubliches Geschenk“, sagte Hurch. Auch seien die Zuschauer erstaunlich offen. „Es gibt hier eine Abwesenheit von Zynismus, eine Naivität im allerbesten Sinne“, die zeige, dass niemand eine cineastische Vorbildung brauche, sondern lediglich Neugier aufs Kino.

Dass die Neugier groß war, bestätigt auch die Statistik: Um die 140.000 Eintrittskarten wurden in elf Festivaltagen verkauft. Dies bedeutet eine Steigerung um fast 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,09.** Die Rofex-Terminkurse betragen zum 31.3. \$ 3,075, 2.5. \$ 3,080, 31.5. \$ 3,083, 30.6. \$ 3,088, 31.7. \$ 3,091 und 31.8. \$ 3,098.

\*\*\*

**Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Mittwoch um 1,3% auf 1.793,09,** der Burcapindex um 1,9% auf 5.853,19 und der Börsenindex um 1,4% auf 81.518,70.

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 3,2% auf \$ 2,528.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 17.3.06 US\$ 20,82 Mrd., der Banknotenumlauf US\$ 46,10 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 20,71 Mrd. bzw. \$ 47,24 Mrd., einen Monat zuvor

US\$ 20,06 Mrd. bzw. 46,13 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 21,03 Mrd. bzw. \$ 36,00 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs,** bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 17.3.06 108,7%.

\*\*\*

**Ein 8. Sojafrachtschiff wurde, diesmal in Bilbao, Spanien, angehalten.** Bis jetzt hatte der US-Saatgutentwickler Monsanto bereits 4 Schiffe in Spanien und je eines in Holland, Dänemark und Grossbritannien, mit Klagen über Nichtzahlungen der Gebühren auf gentechnisch verändertes Saatgut durch Argentinien, festhalten lassen. Diesmal griff der spanische Zoll gegen eine Ladung der Firma Bunge erstmals von Amts wegen ein. Bisher wurden den Exporteuren aus Argentinien Bunge, Cargill, ADM und Dreyfus Ladungen beschlagnahmt. Die Import-

teure in Europa setzen die Firmen unter Druck, damit sie den von Monsanto eingeklagten Schadenersatz von US\$ 15 pro t und die durch die Beschlagnahme verursachten Kosten übernehmen. Bis jetzt waren diese Zusatzkosten nicht Teil der Kaufverträge, was die Exporteure fürchten, nicht länger vermeiden zu können. Sie haben bereits argentinische Landwirte verstanden, dass sie ihnen künftig um diese Beträge niedrigere Preise anbieten werden.

\*\*\*

**11 der 55 in Liniers eingetragenen Rindfleischmakler wurden vorübergehend gesperrt.** Die Oncca (Oficina Nacional de Control Comercial Agropecuario) hat ihre Eintragung vorübergehend aufgehoben, nach dem sie festgestellt hat, dass sie Steuerschulden an die AFIP haben. Es sind Martn Lalor, Colombo Magliano, Madelan, Harrington y Lafuente, Mendizbal, Alzaga Unzu, Aguirre Urreta, Pereyra Yraola, Lalor, Mariano Miguens und Ivan O'Farrell. Sie wur-

den in der Vorwoche von Steuerinspektoren besucht, die Unregelmässigkeiten feststellten. Am Montag zahlten die Makler und das Verbot wurde aufgehoben

\*\*\*

**Nach Ermittlungen des staatlichen Milchwirtschaftsprogramms hat die Milchproduktion in den ersten 2 Monaten 06 im Vorjahresvergleich um 10% zugenommen.** Deshalb werde für 06 eine Zunahme von 5-6% erwartet. Das seien rd. 10 Mrd. l, um 300 Mio. l weniger als der Rekord von 1999. Die guten Aussichten seien auf die Belegung des Binnenmarktes und die Erweiterung der Ausfuhrziele zurückzuführen. 05 hat Argentinien 112 Staaten mit dem Gegenwert von rd. 2 Mrd. l Milch, rd. 23% seiner Gesamtproduktion, beliefert, schwerpunktmässig Algerien, Venezuela, Brasilien, Mexiko, USA, Kuba, Russland und Chile. 65% der Ausfuhren waren Trockenmilch. Auch Kseausfuhren seien vielversprechend, da sie in den letzten 3 Jahren auf über

## Weniger Schwarzarbeit

Die nicht ordnungsgemäss eingetragenen Arbeitsplätze sind in einem Jahr von 48,9% auf 45,5% zurück gegangen, wie das Statistikamt Indec nach Angaben des 4. Quartals 05 veröffentlicht hat. Von 10,7 Mio. Arbeitnehmern im Abhängigkeitsverhältnis sind demnach 4,8 Mio. in keiner Sozialversicherung eingetragen. Die Arbeitsgebiete mit den meisten Schwarzarbeitern sind Hauspersonal, Landwirtschaft und Baugewerbe.

Es wird geschätzt, dass von den 500.000 im letzten Jahr geschaffenen Arbeitsplätzen 95% ordnungsgemäss eingetragen wurden. Experten schliessen daraus, dass ein guter Teil der als neugeschaffene Arbeitsplätze betrachteten Stellen auf Eintragungen bisheriger Schwarzarbeiter zurückzuführen sind.

Die Beschäftigungslage zeigt in verschiedenen Regionen bedeutende Unterschiede. Im Nordosten des Landes geht die Schwarzarbeit langsamer zurück und beträgt 53%, in Patagonien 27%. In Buenos Aires Stadt ist die Schwarzarbeit von 39,1% auf 32,2% zurück gegangen. Im Raum um Buenos Aires ist der Rückgang wesentlich langsamer und liegt mit 49,1% noch immer über dem Landesdurchschnitt.

Ein Teil der Schwarzarbeit wird auf Empfänger staatlicher Unterstützungen zurück geführt, die Tätigkeiten ausüben aber keine Sozialversicherung haben. Darauf werden 4% der Schwarzarbeit zurück geführt. Auch gebe es viele Beschäftigte, die als Einheitssteuerzahler eingetragen sind.

Im Durchschnitt verdienen die nicht eingetragenen Lohn- und Gehaltsempfänger die Hälfte der eingetragenen. Dem Statistikamt zufolge haben die Bezüge der Schwarzarbeiter seit der Abwertung im Durchschnitt um 36% zugenommen, bei einer Teuerung von 77%. Das entspreche einem Kaufkraftverlust von einem Viertel des Einkommens und sei Ursache der grossen Anzahl von Arbeitnehmern in Armut.

Argentinien weist bereits Produktionszahlen aus, die grösser als 1998 sind, jedoch mit 8% mehr Schwarzarbeitern. Anfang der 90er Jahre betrug die Schwarzarbeit 25,9%. Sie erreichte ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte 03 mit 49,5%. Seit damals ist sie mit Zu- und Abnahmen zurück gegangen, im Jahr 05 ständig.

51.000 t verdoppelt wurden.

\*\*\*

**Nach Mitteilungen des Hüttenverbandes (CIS) hat die Eisen- und Stahlproduktion im Februar, trotz urlaubsbedingt weniger Arbeitsstunden, im Vorjahresvergleich zugenommen.** Es wurden 445.900 t Rohstahl erzeugt, um 6,1% mehr als vor einem Jahr, und 357.700 t Roheisen, um 5,4% mehr. Der argentinische Hüttenverband betont, dass der Übergang Chinas zum Stahlnettoexporteur und der Rückgang seiner Einfuhren in den USA, Südkorea und Japan Sorge verursachen. In Argentinien mache sich das noch nicht bemerkbar, doch müsse es bei mittelfristigen Markterwägungen berücksichtigt werden.

\*\*\*

**Die Parlamentsfraktion der Regierungspartei „Frente para la Victoria“ hat eine Gesetzesvorlage eingebracht,** derzufolge es nicht möglich sein wird, die Räumung des heutigen Schlachtviehmarktes von Liniers über den 8.6.06 hinaus zu verschieben.

\*\*\*

**05 wurden in Buenos Aires Stadt 14.386 Wohnungen gebaut.** Das sei die grösste Anzahl in den letzten 24 Jahren und um 61,57% mehr als 04, wie die Beraterfirma Cdi veröffentlicht hat. Die bisher grösste Anzahl war 1994 mit 14.351 Wohnungen ermittelt worden.

\*\*\*

**Der Gebrauchtwagenmarkt, der 05 die 1 Mio.-Einheitengrenze über-**

**schritten hatte, verspricht 06 einen neuen Rekord.** Wie die Kammer der Autohändler (CCA) mitteilte, wurden in den ersten 2 Monaten 06 bereits 221.834 Gebrauchtwagen gekauft, um 45% mehr als vor einem Jahr.

\*\*\*

**S. Montoya, Unterstaatssekretär für öffentliche Einnahmen der Provinz Buenos Aires, gab eine neue Aktion gegen Steuerhinterzieher bekannt.** Er habe rd. 60 Jachten im Fadenkreuz, deren Inhaber Steuern schulden.

\*\*\*

**Aerolíneas Argentinas weist in einer bezahlten Anzeige auf die starke Expansion des Unternehmens in den letzten Jahren hin.** Die Zahl der Flugzeuge sei von 46 im Oktober 01 auf 60 im Februar 06 erhöht worden. Es wurden der Flotte einverleibt: 3 Boeing 747-400, 2 Airbus 310, 6 Boeing 737-200, 10 Boeing 737-500, 1 Boeing 737-300 und ein MD80. Gleichzeitig wurden 4 Boeing 747-200, 7 Boeing 737-400 und 2 MD ausser Betrieb genommen. In diesem Jahr soll die Flotte noch um 6 Boeing 737-500 erweitert werden. Im Oktober 01 beschäftigte die Gruppe (AA, Austral, Jetpaq und AeroHandling) 6.631 Personen, im Februar 8.726, um 32% mehr. Die gesamten gezahlten Bruttolöhne stiegen von \$ 171,24 Mio. im Dezember 01 auf \$ 314,51 Mio. im Dezember 05. Der durchschnittliche Bruttolohn stieg von \$ 1.992 im Oktober 01 um 64% auf \$ 3.270 im Febru-

## BIP-Wachstum 2005 von 9,2%

Das Statistische Amt (INDEC) hat die Berechnung des Bruttoinlandproduktes für das letzte Quartal und somit auch für ganz 2005 fertiggestellt, und hat dabei eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 9,2% ermittelt, etwas mehr die Schätzung von 9,1%, die sich auf Grund des EMAE-Indices ergeben hatte. Das BIP betrug somit in konstanten Werten von 1993 \$ 304,81 Mrd., also rund u\$S 100 Mrd. Der statistische Überhang für 2006 beträgt über 4%, so dass für dieses Jahr mit einer BIP-Zunahme von 7% bis 8% gerechnet wird.

Im 4. Quartal lagen die Bruttoinvestitionen um 26,9% über der gleichen Vorjahresperiode, womit die Zunahme im ganzen Jahr 22,7% betrug. Die Investitionsrate (Bruttoinvestitionen bezogen auf das BIP) stieg somit von 17,6% 2004 auf 19,8% 2005. Dies liegt immer noch unter den 20,7% von 1998, wobei damals die relativen Preise günstiger für Kapitalgüter waren, so dass real mehr investiert wurde. Die hohe Zunahmerate der Investitionen im 4. Quartal wurde durch eine interanuelle Zunahme von 25,6% bei der Bauwirtschaft und von 29,2% bei Kapitalgütern herbeigeführt.

Im 4. Quartal 2005 verzeichneten die Sektoren, die Güter erzeugen, eine Zunahme von 9,6%, was sowohl auf die Bauwirtschaft, wie auf die Industrie zurückzuführen ist. Dienstleistungen nahmen im internautellen Vergleich um 8,4% zu.

Die Exporte stiegen 2005 gegenüber 2004 um 13,2%, der Konsum um 8,9% und die öffentlichen Ausgaben um 6,2%.

Die Zunahme des BIP bringt Staatsausgaben von u\$S 360 Mio. mit sich, wegen des Coupons der neuen Staatspapiere, die bei der Umschuldung entstanden, die an die BIP-Entwicklung gebunden ist. Da auch für dieses Jahr eine hohe BIP-Zunahme erwartet wird, vor allem im 1. Quartal, ist es begrifflich, dass der Kurs dieser Coupons in den letzten zwei Wochen um 21% gestiegen ist. Bei einem BIP-Wachstum von 7,5% müsste das Schatzamt dieses Jahr für diesen Copon u\$S 650 Mio. zahlen.

ar 06. AA und Austral flogen im Oktober 01 27 Flugziele an; jetzt sind es 55. Die Zahl der transportierten Passagiere stiegen von 2,53 Mio. im Jahr 01 um 157% auf 3,99 Mio. im Jahr 05. In der Vorwoche hatten die Belegschaftsdelegierten von 5 Gewerkschaften, die 5.000 Mitglieder haben, die Gewerkschaften der Piloten (APLA) und der Mechaniker (APTA) beschuldigt, eine Kampagne eingeleitet zu haben, um AA zu liquidieren. Die Vertreter der 5 Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass sie sich auf dem Weg befinden, durch Verhandlungen mit dem Unternehmen vernünftige Lohnzulagen zu erhalten. Sie sind gegen Streiks.

\*\*\*

**Während der Konsum von Rindfleisch pro Kopf zwischen 60 und 65 kg im Jahr liegt und der von Geflügel bei 18 kg, liegt der von Schweinefleisch bei nur 6 kg.** Davon wird der grösste Teil als Wurstwaren konsumiert, und nur 2,3 kg als Fleisch. Der Schweinebestand liegt bei 1,8 Mio. Der Verband der Schweinezüchter (AAPP) weist darauf hin, dass die Produktion von Schweinefleisch in den letzten Jahren um 20% jährlich zugenommen hat, wobei für die nächsten Jahre eine starke Expansion vorgesehen ist, so dass in 4 Jahren ein Konsum von 10 kg pro Kopf möglich werden soll. Dabei soll der Preis leicht unter dem für Rindfleisch liegen, was den Konsum anspornen soll.

\*\*\*

**Im ersten Bimester 06 stieg die Zahl der Passagiere der U-Bahn und der Vororteseisenbahnen von Buenos Aires gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 10 Mio. (gleich**

**11,4%) auf 97 Mio. Personen.** 61,6 Mio. entfallen auf die Eisenbahn und 28,8 Mio. auf die U-Bahn. Bei dieser offiziellen Statistik fehlen 6,6 Mio. Passagiere. Bei der Eisenbahn entfielen 17,1 Mio. Passagiere auf die Roca-Bahn, 16,2 Mio. auf die Sarmiento-Bahn, 10,6 Mio. auf die Mitre-Bahn, 6,3 Mio. auf die Belgrano-Norte-Bahn, 5,8 Mio. auf die San Martín-Bahn, 3,8 Mio. auf die Urquiza-Bahn und 1,8 Mio. auf die Belgrano-Sur-Bahn. Der grösste Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, mit einer Mio. mehr Passagieren, entfiel auf die San Martín-Bahn, gefolgt von der Sarmiento-Bahn, mit plus 923.000, der Roca-Bahn mit plus 774.000, der Belgrano-Norte-Bahn mit plus 489.000, der Mitre-Bahn mit plus 321.000, der Urquiza-Bahn mit plus 45.000 und der Belgrano-Sur Bahn mit plus 13.000.

\*\*\*

**Durch Dekret 296/06 wurde eine Tarifierhöhung für die Autobahnen der Nordausfahrt von Buenos Aires gewährt, die von „Autopistas del Sol SA“ betrieben wird.** Für die Strecke General Paz bis Benediti steigt der Tarif von \$ 1,40 auf \$ 1,60, nach Tigre von \$ 1,50 auf \$ 1,70 und nach Pilar von \$ 1,90 auf \$ 2,20.

\*\*\*

**Córdoba Gouverneur de la Sota gab die erneute Neuaushandlung des Trinkwasser-Versorgungsvertrages mit der Suezgruppe bekannt, der die Provinzlegislative im Dezember bis zu 500% Tarifierhöhung zugestanden hatte.** Er versicherte, dass die Durchschnittserhöhung der Dezembertarife 15% betragen werde, in den ärmeren Wohngebieten Null und in Countries 18%, und dass diese Tarife durch 2 Jah-

## Fiskalüberschuss \$ 1,9 Mrd. im Februar

Der Primärüberschuss betrug im Februar \$ 1.904,2 Mio. Optimistische Voraussagen hatten mit 1,8 Mrd. gerechnet. Das seien um 37% mehr als im Vorjahresfebruar, womit das Schatzamt in den ersten zwei Monaten 2006 bereits einen Primärüberschuss von über \$ 3,5 Mrd. ausweisen kann.

Diese Mittel kommen zu den Überschüssen des Vorjahres. Ministerin Miceli betonte, dass sie in der Zentralbank und in den Banco de la Nación hinterlegt seien. In den letzten anderthalb Monaten habe das Schatzamt, über die Zentralbank und die Banco de la Nación, auf dem Devisenmarkt täglich Dollar gekauft, um Mittel der öffentlichen Hand in harter Währung anzulegen.

Die Steuereingänge des letzten Monats hatten um 29,4% auf \$ 12,78 Mrd. zugenommen. Die laufenden Ausgaben stiegen um 29,7% auf \$ 9,9 Mrd. besonders durch die Zahlung von \$ 1,7 Mrd. Zinsen für Schulden. Die Sozialversicherung beanspruchte weitere \$ 2 Mrd., Beamtengehälter über \$ 1 Mrd. Das ergab im Februar einen Überschuss von \$ 1,24 Mrd.

2005 erwirtschaftete das Schatzamt einen Primärüberschuss (ohne Zinszahlungen) von \$ 19,66 Mrd. gleich 3,7% des BIP. Der Haushaltsplan 2006 sehe einen Primärüberschuss von \$ 19,35 Mrd. vor, gleich 3,2% des BIP.

re unverändert bleiben würden. Im neuen Vertrag müsse ein Fehler des alten korrigiert werden, der den wirtschaftlich besser gestellten Bevölkerungsteil zwang, den Verbrauch der ärmeren zu subventionieren. Im Gegenzug würde die Provinz zu Gunsten aller Verbraucher, durch 2 Jahre Infrastrukturvorhaben für \$ 9,6 Mio. im Jahr subventionieren.

**Die Regierung hat angeordnet, dass Unternehmen mit Erschließungsbewilligungen und Förderungskonzessionen ihre Erdölreserven jährlich anzugeben haben.** Es bestünden Unterschiede zwischen den von den Unternehmen angegebenen Mengen und jenen, die von ausserbetrieblichen Experten genannt werden.

**Die BCIE (Banco Centroamericano de Integración Económica) gewährt Argentinien ein Darlehen von US\$ 150 Mio. zu 6,78% Jahreszins für die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen (Pyemes).** Diese sollen Ausfuhren mit lokalen Darlehen vorfinanzieren können, doch sollen auch Infrastrukturinvestitionen erwogen werden, die den Wirtschaftsbeziehungen Argentinien mit Zentralamerika dienlich sind.

**Das Finanzsekretariat hat der Börse die Werte der am 31.3. fälligen Boden 2008 Kupons mitgeteilt.** Die Rendite wird \$ 0,7536 betragen, die Amortisation \$ 12,5603. Das seien \$ 13,3139 pro \$ 100 Nennwert, durch die CER-Indexierung von \$ 1,25603.

**05 haben die Finanzanstalten ihre Portefeuilles wesentlich verbessert.** Marode Darlehen gingen von 10,7% auf 5,2% zurück. Das waren um 71% weniger als der Höchstanteil im Dezember 03 als 18,1% der Darlehen als marod eingestuft wurden. Bei der Privatwirtschaft ohne Banken waren Ende 05 7,6% der Kredite zweifelhaft, gegen den Rekordanteil von 38,6% 02 und 36,2% 03. Ende 05 hatten die Bice-, Rio- und

Francés-Banken ein marodes Portefeuille von 1%, die Nuevo Banco de Santa Fe, Banco Itaú und Credicoop, von 1,3% bis 2%, vor Comafi 2,1% und Ciudad 3,4%.

**Der brasilianische Unternehmer B. Weinert beginnt in seiner neuen Weinkellerei Patagonian Wines, der südlichsten des Landes in der Provinz Chubut, die Herstellung von Qualitäts- und Schaumweinen im Mai.** In Mendoza baut er bereits die Kellerei Cavas de Weinert, die in Kürze fertiggestellt wird. Patagonian Wines im El Hoyo-Tal hat 22 ha mit vor 6 Jahren angepflanzten Weinstöcken und 600 qm bebauter Fläche. Die Kapazität beträgt 200.000 Flaschen im Jahr, die Investition bis jetzt US\$ 5-6 Mio. Die amtliche Einweihung ist für Dezember vorgesehen.

**Das Dekret 298/06 gewährt dem Autobahnkonzessionär del Oeste SA eine 15%ige Mauterhöhung für die Strecke Buenos Aires-Luján.** Die Strecke Avda. General Paz-Moreno wird von \$ 1,50 auf \$ 1,70 erhöht, von General Paz bis Luján von \$ 3 auf \$ 3,40. Lkw zahlen statt \$ 4,50 \$ 5,10, mit über 2 Achsen statt \$ 5,90 \$ 6,80 und die oberste Kategorie statt \$ 7,40 \$ 8,50.

**1.018 Textil- und Konfektionsbetriebe haben 05 insgesamt \$ 572 Mio. investiert, wie die Pro-Tejer Stiftung veröffentlicht hat.** Sie betont, dass seit der Abwertung 559 Unternehmen die Tätigkeit begonnen oder wieder aufgenommen haben. Auch wurden, nach Zollunterlagen, Maschinen für \$ 572 Mio. eingeführt, um 13,3% mehr als 04. Die Textilindustrie habe seit der Abwertung \$ 1,46 Mrd. investiert, davon \$ 1,08 Mrd. 04 und 05, vorwiegend in Konfektionsbetriebe.

**Die Regierung legt wieder Staatspapiere am Binnenmarkt, jetzt für US\$ 500 Mio., auf.** Der Bonar V wird 5 Jahre Laufzeit haben und 7% im Jahr zahlen. Es wird angenommen, dass das

## Erweitertes Moratorium für Sozialbeiträge

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat das Moratorium für Selbstständige und Einheitssteuerpflichtige, die Beiträge von vor 1993 schulden, wieder eröffnet. Dadurch können sich Frauen mit mehr als 60 Jahren und Männer mit mehr als 65, denen Beiträge zur Pensionierung fehlen, wieder in das Moratorium eintragen und die Rente beziehen, während sie die Moratoriumsraten abzahlen.

In der Praxis ist das auch eine Pensionierung von Hausfrauen, die sich bei Erfüllung des notwendigen Alters im Moratorium eintragen und eine Rente kassieren können. In diesem Fall müssen sie sich mit irgend einem Beruf, z.B. Näherin, eintragen, auch wenn sie nie Beiträge geleistet haben. Desgleichen können sich jene eintragen, die das notwendige Alter noch nicht erreicht haben und die Pensionierung beantragen, wenn es soweit ist.

Das wurde durch einen Beschluss des Amtes für Öffentliche Einnahmen, der das Dekret 1454/05 reglementiert, angeordnet, das die Regelung nicht geleisteter Beiträge von vor September 1993 in 60 Raten mit einem sehr geringen Zinssatz verfügte.

Auch Witwen und Witwen die ihre Witwenrente nicht beantragen können, weil ihr Mann nicht die notwendigen Beiträge geleistet hatte oder Selbstständig war. In diesen Fällen können die fehlenden Beiträge des Partners im Moratorium erklärt werden, um die Rente zu beantragen.

Damit können jene, die das Moratorium erfüllen, zumindest die Mindestrente von \$ 390 im Monat, (\$ 350 plus \$ 40 Subvention) erhalten, und mit einem Teil dieses Betrages die Moratoriumsraten bezahlen. Das erneuerte Moratorium ergänzt und erweitert ein nach Gesetz Nr. 25.994 nur bis Januar 07 gültiges für jene, die 04 das Rentenminderalter erreicht haben. Nach Ordnung des Moratoriums wird die Rente nach den erklärten Arbeitsjahren, der Durchschnittsentlohnung der letzten 10 Jahre, bei privaten AFJP Rentenkassen dem Kontostand, berechnet, wird jedoch in keinem Fall weniger als \$ 390 betragen. Ab dem 27.3.06 werden alle Agenturen der Sozialversicherung ANSeS, einschliesslich des Fernsprechdienstes 0800-222-6737 alle notwendigen Auskünfte erteilen.

Schatzamt 7,7% bis 7,8% Jahreszins bieten muss, d.h. 3 Punkte über ähnlichen Schatzscheinen der USA. Obwohl die Auflage von bis zu USA 1,5 Mrd. bewilligt ist, wird nur ein Drittel des Betrages ausgeschrieben. Das Angebot wird die US\$ 500 Mio. voraussichtlich überschreiten, weshalb eine Erhöhung des Betrages möglich erscheint.

**Argentinien hat bei der Welthandelsorganisation erneut angesucht, gegen die überhöhten US-Zölle auf seine Stahlrohre einzuschreiten.** Besonders betroffen ist die Firma Siderca der Techintgruppe. Mitte 05 hatte die WHO von den USA Anpassungen gefordert, die im Dezember erwiderten, dass sie alle Anordnungen befolgt hätten. Argentinien ist anderer Ansicht und führt erneut Klage. Jetzt müssen Mitglieder der 03 geschaffenen Untersuchungsgruppe entscheiden, ob die WHO-Anordnungen erfüllt wurden.

**Wer Ende 04 oder Anfang 05 defaulierte Staatspapiere erworben hat, erzielt heute bis zu 75% Gewinn.** Wer diese Papiere nach der Ankündigung, dass die Umschuldung zu 76% angenommen wurde, auf den „grauen“ Markt gekauft hat, hat heute 40% bis 50% verdient. Für die ursprünglichen Besitzer bedeutet die Aufwertung der Bonds eine bedeutende Verringerung des Verlustes.

**Nach Angaben des CEF (Centro de Estabilidad Financiera) betrug der Finanzzwischenhandel, gemes-**

**sen an den Aktiven in Händen der wichtigsten Finanzinstitute, Genossenschaftsbanken, Finanzanstalten, Handelsbanken, Versicherungsgesellschaften, privaten AFJP Rentenkassen und Investmentfonds, Mitte 05 rd. 50% des BIP.** 1999 waren es knapp 90%.

**Ab dem 1.7.06 wird das vereinfachte Arbeitnehmerregister Unternehmen gestatten, die Aufnahme oder Entlassung eines Arbeitnehmers über einem einzigen elektronischen Amtsweg einzutragen.** Mit ihm wird die Eintragung beim Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) für Sozialfürsorge-Beiträge, dem Sozialwerk Anses für Rentenkassen-, Familienzulagen- und Arbeitslosenversicherungs-Beiträge, der Überwachungsbehörde der Arbeitsunfallversicherungen (ART), dem Sozialwerk (Gesundheitsdienst) und der privaten AFJP Rentenkasse, durchgeführt. Das Arbeitsministerium und die Amtsstellen haben die Beschlüsse im Amtsblatt vom 21.3.06 ausführlich veröffentlicht. Das System soll die Schwarzarbeit verringern und die Kosten der vielfältigen Amtswege vermeiden. Das derzeitige „Mi registro“-System soll erweitert werden, mit Angaben über den Arbeitgeber, der in jedem Standort verrichteten Tätigkeiten, Nennung des zuständigen Kollektivvertrages, Standort der derzeitigen Tätigkeit und Entlohnung. Ausserdem Angaben über den Arbeitnehmer wie schulpflichtige Kinder, Verwandtschaftsgrade, Berufsunfähigkeiten und

Beginn und Ende der Dienstverhältnisse. Die Arbeitgeber müssen die zusätzlichen Angaben über vor dem 1.7.06 eingestellte Arbeitnehmer innerhalb von 6 Monaten eintragen. Die der später eingestellten werden automatisch verfügbar sein. Die neue Datenbasis wird von der AFIP verwaltet, die die notwendigen Informationen in den kommenden Wochen verbreiten will.

\*\*\*

**Apotheken befinden sich seit einem Jahr im Aufwind.** Nach Ermittlungen der Beraterfirma Claves wurden im Durchschnitt 1.500 im Jahr neu eröffnet. Im ganzen Land gebe es 12.000 Apotheken. Die Umsätzen nahmen 05 um 8,1% zu, bis Jahresende werden weitere 2,8% erwartet. Seit 01 hätten die verkauften Mengen um knapp 11% zugenommen. Mit anderen nicht medizinischen Erzeugnissen, die Apotheken verkaufen, stieg der letzte Jahresumsatz um 11,1%.

\*\*\*

**Die Armutsquote ist im 2. Halbjahr 05 im Vorjahresvergleich von 40,2% auf 33,8% ziemlich gleichmässig im ganzen Land, zurückgegangen.** Wie das Statistikamt Indec weiter bekanntgab, hatte die Quote im 1. Halbjahr 05 38,9% betragen. Die Elendquote, bei der das Einkommen für die unerlässlichen Lebensmittel nicht ausreicht, fiel von 15% im 2. Halbjahr 04 auf 12,2% im 2. Halbjahr 05. In Zahlen leben 7,92 Mio. Menschen in Armut und 2,85 Mio. im Elend. Die Sozialpläne wirken im Elend, weniger bei der Armut. Ohne sie hätten im 2. Halbjahr 05 statt 12,2%, 14,2% der Landesbevölkerung im Elend gelebt. Im 2. Halbjahr 04, 18%.

\*\*\*

**Ungefähr 300 Lkw der Kraftfahrergewerkschaft unter H. Moyano führen den Streik gegen das Werk von Molinos Rio de la Plata im Vorort Avellaneda fort.** Moyano fordert die Weisswäsche der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Das Unternehmen erklärte sich von der Behinderung der Ein- und Ausfahrt der Transportmittel überrascht, da es weder eigene Lkw noch Chauffeure hätte, sondern mit in transparenter Weise verpflichteten Transportunternehmen arbeite.

\*\*\*

**Die ZB hat Firmen die Bonds handeln gewarnt, dass Geschäfte, bei denen Bonds im Ausland gekauft und im Inland verkauft werden, oder umgekehrt, um Dollar aus dem Ausland oder ins Ausland zu bringen, unzulässig sind.** Die Warnung wird als ein Trend zu verschärften Kontrollen über Geschäfte gewertet, die bis jetzt usuell waren, um die Devisenbewirtschaftung zu umgehen.

\*\*\*

**Das niederländische Logistikunternehmen Vopak verlegt seine Zentrale für Lateinamerika von Miami nach Buenos Aires.** Vopak, einer der Logistik-Spezialisten in flüssigen und gasförmigen Chemikalien und Erdöl will auch ein Lager in Argentinien einrichten. Sie hat bereits 55 ha in Zárate, Provinz Buenos Aires, erworben. Bis

jetzt betreibt Vopak 13 Tankerdocks in 7 Staaten Lateinamerikas.

\*\*\*

**Edival, Provinz Santa Fe, der grösste argentinische Hersteller von Kfz-Ventilen, Ventilführungen und Ventilsitzen, hat mit DaimlerChrysler einen neuen Liefervertrag für US\$ 4,5 Mio. und mit GM für US\$ 5 Mio. für deren Hochleistungsmotoren abgeschlossen.** Es werden Ansaug- und Auspuffventile für den 505 HP Dodge Viper V 10 geliefert der als Modell 2008 auf den US-Markt kommen soll. GM kaufte Edival Ventile für den Corvette, der in Detroit und Kanada gebaut wird.

\*\*\*

**Wie das Notariatskollegium von Buenos Aires Stadt bekanntgab, wurden im Februar mit 4.009 Kaufverträgen um 8,5% mehr Grundbucheintragungen getätigt als 05.** Es ist die grösste Zahl seit Februar 1998, als 4.649 Eintragungen durchgeführt wurden.

\*\*\*

**Der PJ-Abgeordnete H. Recalde, Berater der Gewerkschaftszentrale CGT und Vorsitzender der Kommission für Arbeitsgesetze des Abgeordnetenhauses, hat 2 Gesetzesvorlagen eingebracht und als dringend bezeichnet.** Mir einer wird die Obergrenze für Entlassungsentschädigungen abgeschafft, mit der anderen kleinen Unternehmen verboten, mehrere Teilurteile zu gewähren. Die Vorlagen kommen zu einer, vom Senat bereits angenommenen Änderung des Paragraphen 66 der Arbeitsgesetzgebung die bestimmt, dass sich ein Arbeitnehmer, der berechtigt einseitig vom Arbeitgeber verfügte Änderungen der Arbeitsbedingungen ablehnt, als entschädigungspflichtig entlassen betrachten kann.

\*\*\*

**Bei den Ausschreibungen vom Dienstag hat die ZB erneut niedrigere Zinssätze für Lebac und Nobac bezahlt.** Nobac auf 9 Monate mit veränderlichen Zinssätzen zahlten statt 3,07%, 3% über Badlar, dem Satz den Privatbanken für Fristeinlagen grosser Beträge bezahlen. Für Nobac auf 2 Jahre fiel der Satz von 5,02% auf 4,82%. Insgesamt wurden Nobac für \$ 994 Mio. und Lebac für \$ 234 Mio. zugeschlagen.

\*\*\*

**Anlässlich der Amtseinstellung des Gouverneurs Sancho in der Provinz Santa Cruz, wurde eine Gehaltserhöhung für die Provinzbeamten von 30% bekanntgegeben, nachdem der zurückgetretene Gouverneur Acevedo bereit war, 15% zu gewähren.** Nachdem Präsident Kirchner bei dieser Gelegenheit in seiner Heimatprovinz anwesend war, wird dieser Zulage ein grosser Demonstrationseffekt beigegeben. Wenn alle Provinzen Gehaltserhöhungen dieser Grössenordnung gewähren, verschwindet zunächst der Überschuss bei ihren Finanzen.

\*\*\*

**Das französische Aussenamt forderte in Bezug auf die Aufhebung der Konzession von „Aguas Argen-**

**tinás“, dessen Mehrheitsaktionär und Betreiber die französische Suez ist,** dass die juristische Sicherheit der französischen Auslandsinvestitionen geachtet werde, und dass das internationale Schiedsgericht (gemeint ist das ICID, das von der Weltbank abhängt) seine Funktionen erfüllen kann.

\*\*\*

**Der Senat verabschiedete am Mittwoch einstimmig das Gesetz, durch das das Konkursgesetz 24.522 dahingehend reformiert wird, das die Forderungen der Arbeitnehmer nicht mehr von Konkursrichter, sondern von einem Arbeitsrichter behandelt werden.** Jetzt fehlt nur noch die Verkündung, durch Veröffentlichung im Amtsblatt. Das Gesetz schafft eine Priorität für Lohnzahlungen, sogar vor Hypotheken oder Pfandkrediten. Der Arbeitsrichter kann die Zahlung von rückständigen Löhnen verfügen, auch wenn die Bestätigung der Passiven durch den Syndikus noch nicht beendet ist. 1% der Einnahmen des Unternehmens werden für Lohnzahlungen bei Seite gestellt. Durch diese Reform soll u.a. auch die Tätigkeit der Handelsgerichte erleichtert werden, bei denen 431.409 Verfahren von 26 Gerichten behandelt werden, während auf der anderen Seite 80 Arbeitsgerichte nur 25.000 Verfahren behandeln.

\*\*\*

**Die monatliche Schätzung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die das Statistische Amt (INDEC) berechnet, („Estimador Mensual de la Actividad Económica“, EMAE), die eine grobe Schätzung des BIP darstellt, weist im Januar eine interanuelle Zunahme von 9,1% auf.** Das Wachstum der Wirtschaft ist somit Anfang 2006 mit grossem Schwung weitergegangen.

\*\*\*

**Die Deputiertenkammer hat am Mittwoch das Gesetzesprojekt über biologische Brennstoffe (Biodiesel und Bioethanol) mit Änderungen genehmigt, so dass es jetzt an den Senat weitergeleitet wird, der entscheiden muss, ob er die ursprüngliche Fassung beibehält oder sich für die neue entscheidet.** Das Projekt sieht folgende Steuervergünstigungen vor: beschleunigte Amortisation, vorzeitige Rückgabe der MwSt. bei Kapitalgütern, und Ausnahme der Investitionen von der Grundlage für die Steuer auf den Mindestgewinn. Ausserdem wird die Brennstoffsteuer für einen Anteil von 5% beim Dieseltreibstoff und beim Benzin abgeschafft.

\*\*\*

**Die Legung der 3. Hochspannungsleitung vom Wasserkraftwerk Yacyretá wurde ausgeschrieben.** Die 920 km lange Leitung soll \$ 1,05 Mrd. kosten und im November 07 in Betrieb sein. Planungsminister de Vido betonte, dass sich rd. 5.000 km Stromleitungen in Bearbeitung und Durchführung befänden, die die anhaltende Versorgung der wachsenden Industrie gewährleisten würden. Zu Monatsende würde die Ausschreibung der beiden geplanten Gas-Dampf-Wärme Kraftwerke erfolgen.

\*\*\*

**Die ausgeschriebenen Bonar V Bonds für US\$ 500 Mio. zahlten 8,36% Jahreszinsen.** Experten hatten 7,8% bis 8% vorausgesetzt. Die Warnung der ZB vor Bondsgeschäften zur Umgehung der Deisenbewirtschaftung bezog sich zwar keineswegs auf die Auflage der Bonar V Bonds, verunsicherte jedoch den Markt und hielt Investoren ab. Für die Auflage von US\$ 500 Mio. wurden US\$ 726,75 Mio. angeboten.

\*\*\*

**Die Bergbaubehörde der Provinz Santa Cruz hat den Umweltbericht angenommen, den Minera Andes im November über die Ausbeutung des Gold- und Silbervorkommens San José eingereicht hatte.** Damit können die Infrastrukturarbeiten begonnen werden, um ab dem 1. Quartal 07 fördern zu können. Betreiber mit einem 51%igen Kontrollpaket ist die peruanische Mauricio Hochschild, der Rest gehört der kanadischen Minera Andes. Es sollen 3,1 Mio. Unzen Silber und 61.000 Unzen Gold im Jahr gefördert werden.

\*\*\*

**Die kanadische Pan American Silver hat die 2. Hälfte des Gold- und Silbervorkommens Manantial Espejo von Silver Standard Resources durch Aktientausch für US\$ 46 Mio. gekauft.** Pan American Silver besitzt Bergbauvorkommen in Mexiko, Peru und Bolivien. Sie übergab Silver Standard 1,95 Mio. Aktien für 50% des Vorkommens, das bestätigte und wahrscheinliche Reserven von 500.000 Unzen Gold und 34,8 Mio. Unzen Silber hat.

\*\*\*

**Das Statistikamt Indec gab bekannt, dass 05 mit einem Leistungsbilanzüberschuss von US\$ 5,41 Mio. abgeschlossen hat.** Das waren um 65% mehr als 04. Der Nettokapitaleingang betrug US\$ 4,18 Mrd., der grösste Betrag seit 1998.

\*\*\*

**Das Statistikamt Indec hat veröffentlicht, dass die Aussenschuld von US\$ 117,21 Mrd. auf US\$ 49,4 Mrd. zurückgegangen ist.** Das Ergebnis schliesse die Zinsen der Bonds für US\$ 20 Mrd., die nicht umgeschuldet wurden, nicht ein. Das Kapital- und Finanzkonto 05 weise einen Überschuss von US\$ 2,76 Mrd. aus, als Ergebnis privater Investitionen und Geldbewegungen der öffentlichen Hand.

\*\*\*

**Die staatliche Bice Bank (Banco de Inversión y Comercio Exterior) wurde zum Verwalter des Treuhandfonds ernannt mit dem eine Hochspannungsleitung zwischen den Ortschaften Barriales, Provinz Mendoza, und Rivadavia, Provinz San Juan, finanziert werden soll.** Für die Verwaltung wird der Bank ein Gewinn von 0,45% zuerkannt.

\*\*\*

**Das marode Portefeuille der Banco de la Nación ist 05 im Vorjahresvergleich um 57,94% zurückgegangen.** Das sei auf bessere Eintreibungen sowie auf Umschuldungen zurückzuführen.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Ratlosigkeit gegenüber dem Rindfleischproblem

Es war seit langem voraussehbar, dass gelegentlich das Angebot an Rindern nicht ausreichen würde, um die interne und die externe Nachfrage nach Rindfleisch zu befriedigen. Da jedoch diese Regierung stets kurzfristig denkt und handelt, hat sie das Problem ignoriert, das auf sie zukam. Die Binnennachfrage musste im Zuge der Lohnerhöhungen und der Zunahme der Beschäftigung steigen, und die Käufe von anderen Staaten mussten ebenfalls zunehmen, einmal weil der Weltkonsum im Zuge der Zunahme des BIP auch steigen musste, und dann weil die EU, die früher eine Million Tonnen exportierte, jetzt nur noch ihren Binnenmarkt beliefert. Ausserdem sind die Exporte der USA stark gesunken, wegen des Auftauchens der gefürchteten Rinderkrankheit Kreuzfeld-Jakob. Und schliesslich konnte Brasilien auch weniger exportieren, weil Maul- und Klauenseucheherde aufgekommen sind. Weltweit ist die Rindfleischproduktion von 61,4 Mio. t 2003 auf schätzungsweise 64,2 Mio. t 2005 gestiegen (Angaben der Zeitschrift „Meat International“) und die Exporte von 6,1 auf 6,7 Mio. t. Für Argentinien bot sich unter diesen Umständen eine gute Gelegenheit, neue Märkte zu erobern und die bestehenden auszuweiten. Und gerade in diesem Augenblick wurde der Rindfleischexport verboten.

Die Massnahme hatte nicht die unmittelbare Wirkung, die Präsident Kirchner offensichtlich erwartet hatte. Einmal sind die Exporte im Rahmen der Hilton-Quote nicht von dieser Massnahme betroffen, ebenso wie diejenigen, die im Rahmen bilateraler Abkommen erfolgen, u.a. nach Venezuela. Und dann werden Exportgeschäfte, die durch Kreditbriefe gedeckt sind oder zum Teil im Voraus bezahlt worden sind, auch nicht verboten. Hier haben schlaue Exporteure die Galgenfrist genutzt, die zwischen Kirchners Erklärung und der Veröffentlichung der Vorschrift bestand, um von ihren Kunden Anzahlungen zu erhalten. Somit rechnet man damit, dass sich das Verbot erst ab Ende Mai effektiv auswirkt. Abgesehen davon, bestand die unmittelbare Reaktion der Landwirte auf diese Massnahme in einer Zurückhaltung der Lieferungen.

Der Regierung ist dann nichts besseres eingefallen, als 11 Maklern, die am Rindermarkt von Liniers tätig sind, die Genehmigung für ihre Betätigung zu entziehen, weil sie angeblich Steuern schuldeten. Das hat keine legale Grundlage, und trägt in keiner Weise zur Lösung des Problems bei. Im Gegenteil: wenn diese Makler nicht tätig sind, senden ihre Kunden auch keine Rinder nach Liniers. Das Problem wurde sofort gelöst, indem die Makler, die effektiv Steuerschulden hatten, diese zahlten oder sich einem Zahlungsplan anschlossen. Das hätte das Amt für öffentliche Einnahmen auf normalen Wege ohne diesen Skandal auch erreichen können.

Als die Fleischpreise stiegen, rief Kirchner die Bevölkerung auf, kein Rindfleisch zu kaufen. Das war eine Übertreibung, entspricht jedoch Kirchners Art. Er hätte sagen sollen, weniger Rindfleisch zu konsumieren. Beiläufig erteilte er die Anweisung, dass die Staatsstellen kein Rindfleisch kaufen sollten, wobei er mit dem Beispiel des Präsidialamtes voranging. Wenn Provinzen und Gemeinden mitmachen, dann kann dies eine effektive Wirkung haben. Der Staat tritt als Rindfleischkäufer im Fall von Hospitälern, Schulen, öffentlichen Anstalten, die Gratismahlzeiten bieten, der Streitkräfte u.a. Fällen auf.

Danach forderte die Regierung die Bevölkerung auf, statt Rindfleisch Huhn, Fisch und Gemüse zu konsumieren. Indessen sind sowohl Huhn wie Fisch wesentlich teurer als Rindfleisch, und Gemüse ist kein Ersatz für dieses, sondern ein Komplement. In der Praxis ist die meistverwendete Alternative für Rindfleisch die Teigware, die u.a. mit einer Fleischsausage („bolognesa“ u.a.) serviert werden kann, so dass der Fleischgeschmack beibehalten wird. Im Wesen wird eben Fleisch durch Fleisch ersetzt, und zwar das Kotelett und der typische „Asado“ durch Gerichte mit Kartoffeln oder Teigwaren, die Fleisch enthalten, aber eben weniger. Ebenfalls kann man Hamburger mit einem gewissen Anteil von Sojabohnen erzeugen, wobei der Unterschied kaum bemerkbar ist. Es gibt viele Möglichkeiten, Speisen aus Sojamehl herzustellen, denen in den meisten Fällen Fleischextrakt beigemischt wird.

Wenn man den Fall mittel- und langfristig betrachtet, dann ist Schweinefleisch der natürliche Ersatz für Rindfleisch. Weltweit liegt der Konsum von Schweinefleisch mit durchschnittlich 16,1 kg pro Kopf um 60% über dem von Rindfleisch. Hier ist in Argentinien eine starke Produktionserhöhung im Gange, so dass die Möglichkeit besteht, den Konsum von gegenwärtig 6 kg pro Kopf, etwa zur Hälfte in Form von Wurstwaren, auf 10 kg zu erhöhen. Allein, all diese Änderungen der Konsumgewohnheiten, die erlauben würden, den Fleischpreis stabil zu halten und die Exportnachfrage zu befriedigen, erfordern eine intensive und intelligente Propaganda und eventuell auch Subventionen für bestimmte Nahrungsmittel.

Wenn der Rindfleischkonsum von jetzt 61 kg auf 50 kg gesenkt wird, ist das Problem einstweilen gelöst. Das wäre im internationalen Vergleich immer noch ein hoher Konsum. In Uruguay, das früher auf gleicher Ebene wie Argentinien stand, mit über 80 kg pro Kopf, beträgt der Konsum jetzt nur noch 40 kg, bei gleichzeitig florierendem Export. In entwickelten Ländern liegt der Konsum pro Kopf im Durchschnitt leicht über 30 kg. Weltweit liegt der Durchschnitt bei 10 kg. Bedenkt man, dass es in den letzten zwei Jahrzehnten gelungen ist, den Fleischkonsum in Argentinien um etwa 20 kg pro Kopf zu senken, bei einer ähnlich grossen Zunahme des Geflügelkonsums, so sollten die 10 zusätzlichen kg kein Problem darstellen. Das wären dann 380.000 t pro Jahr, mit denen das Problem gelöst wäre. Dann könnte der Export, der 2005 770.000 t erreichte, sogar erhöht werden.

Die Exportsperre hat zu Protesten bei den Kunden geführt, an erster Stelle Deutschland, das 2005 mit Käufen für u\$ 221 Mio. an zweiter Stelle lag. Für Russland stellt das Verbot ein besonderes Problem dar, da Argentinien ein Viertel der Gesamtimporte von Rindfleisch von 700.000 t (2005) beliefert. Auch in Grossbritannien und Italien gab es Proteste. Voraussichtlich wird das Exportverbot kurzfristig gelockert werden, wenn es gelingt, den Binnenkonsum zu senken. Wie weit jedoch die Regierung den Fall mit der notwendigen Klarheit erfasst

hat und dementsprechend handelt, sei vorest dahingestellt.

Beiläufig sei erwähnt, dass dies eine gute Gelegenheit ist, um vor der EU gegen das System des beweglichen Zollsatzes auf Rindfleischimporte zu protestieren, der sich aus der Differenz zwischen einem Referenzpreis und dem effektiven Preis des importierten Fleisches ergibt, was faktisch einen Zollsatz von über 100% ergibt. Dieses perverse System drückt die Fleischpreise für argentinischen Lieferungen nach unten. Es sollte durch ein Kontingent zu sehr niedrigem Zoll ersetzt werden, ähnlich der Hilton-Quote, so dass dann fast der volle Preis an den argentinischen Lieferanten geht. Das EU-System widerspricht den Regeln der WHO, so dass auch die Möglichkeit einer Klage studiert werden sollte. Bei den Verhandlungen der EU mit dem Mercosur war von einem Importkontingent dieser Art von 300.000 t für den ganzen Mercosur die Rede. Daraus wurde jedoch nichts. Jetzt, da Rindfleisch weltweit knapp geworden ist, sollte Argentinien den Fall vorbringen, mit der Drohung sonst das Exportverbot beizubehalten, oder Exporte zu verbieten, die vom Einfuhrland mit hohen Zöllen belegt werden. Man muss schon energisch verhandeln, um etwas zu erreichen.

Das langfristige Problem besteht indessen in der Notwendigkeit, das Fleischangebot zu erhöhen, was durchaus möglich ist. Die Bestimmung, durch die bei Schlachtungen ein Mindestgewicht von 300 kg gefordert wird, ist ein erster Schritt in dieser Richtung, durch den das Angebot, gemessen in Tonnen Fleisch, um 5% bis 10% erhöht wird. Aber grundsätzlich geht es um zweierlei: die Erhöhung des Rinderbestandes, der seit Jahren um etwa 55 Mio. schwankt, und die Erhöhung der Geburtenrate (Geburten im Verhältnis zu den Kühen), der sich seit Jahrzehnten bei etwa 60% hält.

Die Erhöhung des Bestandes, die ohnehin erst in vier Jahren in Form eines höheren Rinderangebotes auftritt, ist gegenwärtig nicht so einfach, nachdem ein grosser Teil der Fläche, die früher für Rinder bestimmt war, jetzt mit Getreide und Ölsaaten bebaut wird. Dass dabei der Rinderbestand nur wenig zurückgegangen ist, ist darauf

zurückzuführen, dass die künstliche Fütterung stark zugenommen hat, mit „feed-lots“ oder einfach Zugabe von Heu. Dies hat es auch ermöglicht, die Rinderwirtschaft auf Gegenden auszudehnen, in denen es wenig regnet, wo die Weiden bei weitem nicht so gut sind, wie in der Pampa-Gegend. Die Verwendung von künstlichem Futter verteuert jedoch die Mästung, so dass sich die Frage stellt, ob die Förderung dieser Methode nicht einen höheren Preis erfordert. Auf alle Fälle sollte man sich überlegen, ob Steuervergünstigungen eine positive Wirkung haben könnten. Wenn man beobachtet, dass Brasilien seinen Rinderbestand in den letzten Jahrzehnten

mehr als verdreifacht hat, sollte nicht übertrieben erscheinen, in Argentinien eine Zunahme von 50% anzupeilen.

Das Problem der geringen Geburtenrate ist komplizierter. Die fortschrittlichen Landwirte weisen Geburtenraten von über 80% aus, so dass es rein statistisch viele geben muss, die bei 40% und darunter liegen. Bisher hat man jedoch keine Methode gefunden, um diese Landwirte dazu zu bewegen, im eigenen Interesse effizienter zu wirtschaften. Man müsste zunächst Experten Fragen, ob sie eine Antwort für dieses Rätsel haben. Die zuständigen Regierungsbeamten haben sie auf alle Fälle nicht.

## Die Rückverstaatlichung der Wasserversorgung in Gross Buenos Aires

Der Konflikt zwischen der Regierung und dem Konzessionär für die Wasserver- und entsorgung der Bundeshauptstadt und 17 Bezirken der Umgebung, dem Unternehmen Aguas Argentinas, schwelt seit der Megaabwertung von Anfang 2002, als der Tarif eingefroren und viel später nur in geringem Ausmass erhöht wurde. Dadurch wurde das Unternehmen gezwungen, vorgesehene Investitionen bei Seite zu lassen und sich praktisch auf die reine Betreibung zu konzentrieren. Unter diesen Umständen hatte das Objekt für die Inhaber des Unternehmens, an erster Stelle die französische Suez (Nachfolgerin von Lyonnaise des Eaux Dumez) kein Interesse mehr. Suez hatte dies der Regierung schon vor einigen Monaten mitgeteilt. Dann wurde die Möglichkeit erwogen, dass Aguas de Barcelona, die mit 25% am Unternehmen beteiligt war, es übernehmen könnte, eventuell auch mit den anderen Partnern. Es meldete sich auch der lokale Unternehmer Eduardo Eurnekian, Inhaber der Flughafenkonzession. Doch daraus wurde nichts, weil keine Einigung mit Suez erreicht werden konnte, und auch die Regierung einem neuen Konzessionär nicht die Bedingungen garantieren wollte, die für die Betreibung des Unternehmens notwendigen waren.

So wurde schliesslich letzte

Woche durch Dekret 303/06 (Amtsblatt vom 22.03.2006) der Konzessionsvertrag einseitig der Regierung aufgehoben, und durch Dekret 304/06 die Gesellschaft „Aguas y Saneamientos Argentinos S.A. (AYSA)“ gegründet, die Aguas Argentinas übernimmt. Der Anteil der Belegschaft der ehemaligen „Obras Sanitarias de la Nación“ von 10% am Kapital wurde beibehalten. Aber die anderen Aktionäre laufen vorerst leer aus. Es handelt sich somit im Wesen um eine Konfiskation, da bei Enteignung oder einem Kauf ein Preis gezahlt werden muss.

Suez und die anderen Partner haben schon seit geraumer Zeit eine Klage beim Schiedsgericht der Weltbank eingereicht, bei der sie u\$ 1,7 Mrd. fordern. Das soll dem Verlust entsprechen, den das Unternehmen durch die Tarifeinfrierung erlitten hat. Über die Schulden von etwa u\$ 700 Mio., die Aguas Argentinas gegenüber ausländischen Gläubigern hat, die sich im Defaultzustand befindet, wurde nichts gesagt. Dieser Prozess wird für den argentinischen Staat lästig sein und unangenehme Konsequenzen haben. Aber zahlen wird Argentinien wohl kaum, bestenfalls einen Teil und in einigen Jahren.

Das Konfiskationsdekret weist ausdrücklich darauf hin, dass die Übernahme durch den Staat auf Verschulden des Unternehmens

zurückzuführen ist. In den Erläuterungen zum ersten Dekret wird lang und breit erklärt, dass das Wasser, das Aguas Argentinas in Lomas de Zamora u.a. Gegenden lieferte, einen hohen Arsengehalt hatte, der für die Bevölkerung gesundheitsschädlich sei, wobei sich das Unternehmen standhaft geweigert hätte, die notwendigen Investitionen durchzuführen, um dieses Übel zu beseitigen. Nun hatte das Unternehmen eben nicht die Mittel, um diese Investitionen zu finanzieren, wobei die Regierung keinen neuen Konzessionsvertrag ausgehandelt hat, um das Problem zu lösen. Auch hat die Regierung keine Mittel für diesen Zweck bereitgestellt, womit das Problem sofort gelöst worden wäre. Die Argumentation der Regierung hält keiner Prüfung des Falles durch ein unabhängiges Gericht stand.

Planungsminister Julio de Vido kündigte an, dass für drei Jahre Investitionen in Höhe von \$ 1,3 Mrd. vorgesehen seien, davon \$ 400 Mio. sofort zwecks Lösung des Arsenproblems. Die Investitionen fallen somit jetzt dem Schatzamt zur Last, wie es bis zur Privatisierung im April 1993 der Fall war. Aguas Argentinas hatte die Investitionen, die insgesamt u\$ 1,7 Mrd. ausmachen, über Tarife und Auslandskredite finanziert.

Das neue Unternehmen, AYSA, ist eine gewöhnliche Aktiengesellschaft, was eine eventuelle zukünftige Privatisierung erleichtern soll, da es dann genügt, die Aktien zu verkaufen. Das Unternehmen hält sich somit an das Privatrecht und nicht an das öffentliche, was die Verwaltung erschwert hätte. Zum Vorstandspräsident wurde Carlos Ben ernannt, der bis jetzt in Vertretung der Belegschaftsaktien im Direktorium von Aguas Argentinas tätig war. Vorher hatte er eine lange Karriere als Beamter von Obras Sanitarias de la Nación absolviert, wo er es bis zum Verwaltungsdirektor brachte. Ihm ist somit das Unternehmen nicht fremd.

Die Erfahrung mit Verstaatlichungen bestehender Unternehmen zeigt, dass am Anfang alles weitergeht wie unter privater Verwaltung. Aber nach und nach findet dann eine zunehmende Dekla-

denz statt, weil die Rigidität des Staates zum Ausdruck kommt und ausserdem die Verwalter dem Druck der Politiker nicht widerstehen können, Beamten einzustellen, die sie nicht brauchen und die meistens auch nicht für die Tätigkeit qualifizieren, die sie theoretisch verrichten sollen. Der Umstand, dass es sich hier um eine Aktiengesellschaft handelt, mag den Fall etwas mildern, verhindert die genannte Entwicklung jedoch nicht. Abgesehen vom Kapital, das Suez u.a. Unternehmen beigetragen haben und den Krediten, die sie erhielten, spielt die Technologie eine grosse Rolle, die sie im Unternehmen einführen, die Aguas Argentinas erlaubt hat, das Leitungsnetz wesentlich zu verbessern. Der technologische Beitrag fällt jetzt aus.

Aguas Argentinas ist der vierte Fall von Verstaatlichungen privatisierter Unternehmen. Die vorangehenden sind die staatliche Post („Correo Argentino“), die San Martín-Vororteseisenbahn und Thales, das das System der Flughäfen eingerichtet und verwaltet hat, um den Flugverkehr durch Radar zu kontrollieren. Wenn man es genau nimmt, wurde auch der zweite Fernverbindungsatellit verstaatlicht, der unter der Menem-Regierung einem privaten Konzern, mit Boeing Satellite Systems als Hauptpartner, zugeschlagen worden war, wobei dies jedoch nachher von der Regierung von De la Rúa nicht bestätigt wurde und schliesslich der Satellit unter Kirchner dem Staatsunternehmen ARSAT zugeteilt wurde, das mit der Unterstützung der staatlichen INVAP den Satelliten bauen und betreiben soll. Inzwischen ist jedoch so viel Zeit vergangen, dass die international gewährte Konzession für die Position des argentinischen Satelliten in Frage gestellt wird.

Suez hat die Konzession in Santa Fé und jetzt in Buenos Aires verloren, behält jedoch die von Córdoba, wo eine Einigung mit Gouverneur José Manuel De la Sota erreicht worden ist, der grundsätzlich privatwirtschaftlich eingestellt ist, was bei Präsident Kirchner nicht der Fall ist, auch wenn dieser sich vor einer allgemeinen Rückverstaatlichung scheut.